

23
76

Union in Deutschland

Bonn, den 3. Juni 1976

Die FDP ist als dritte Kraft ausgeschieden

Der FDP-Parteitag in Freiburg hat die politischen Fronten in der Bundesrepublik Deutschland geklärt, stellt Kurt H. Biedenkopf fest. Nach der Festlegung der FDP auf die Fortführung der Koalition mit der SPD hat der Wähler am 3. Oktober nur die Wahl zwischen zwei politischen Alternativen: der freiheitlichen Politik der Unionsparteien und der sozialistischen Politik der SPD unter Helmut Schmidt.

Die FDP hat auf ihrem Parteitag erneut deutlich gemacht, daß sie als dritte Kraft aus dem politischen Spektrum ausgeschieden ist. Sie hat sich politisch in die Sozialdemokratie eingeordnet und damit ihre liberale politische Substanz aufgegeben. Das Wahlprogramm der FDP enthält keine eigenständige liberale Politik. Es hat auf selbständige Aussagen verzichtet und sich inhaltlich in den von der SPD vorgegebenen Rahmen integriert.

Die FDP versucht, ihre Anpassung an die sozialistischen Ziele der SPD durch freiheitliche Formeln zu verdecken. Sie bezeichnet sich als freiheitliche Alternative und fordert

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ RADIKALE

Die von der SPD/FDP-Regierung beschlossenen neuen Richtlinien reichen nicht aus, Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten. Die CDU/CSU-regierten Länder halten grundsätzlich an der Überprüfung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst fest.

Seite 4

■ FDP-PARTEITAG

Die FDP bleibt eine Blockpartei. Eine überzeugende Begründung für die Fortsetzung ihrer Koalition mit der SPD konnte sie auf ihrem Freiburger Parteitag nicht geben. Seiten 5/6

■ FAMILIE

Die Union teilt dem Bürger mit, welche Maßnahmen im Bereich von Familie, Gesundheit und Sport sie als Alternative plant. Seiten 11/12

■ BAUGESETZ

Entscheidende Verbesserungen konnte die Unionsfraktion an der Novelle zum Bundesbaugesetz erreichen. Seiten 7/8

■ DOKUMENTATION

Eine Analyse des Bundeskongresses der Jusos in Dortmund zeigt, daß sie stärker als je die SPD noch weiter nach links zu drängen versuchen.

■ INFORMATIONEN

Kieler CDU in Berlin

Die Rechte zur Erhaltung und zum Ausbau der Bindungen Berlins an den Bund müßten voll ausgeschöpft werden, andernfalls gingen sie verloren; das Verschweigen von Schwierigkeiten mit der Sowjetunion zahle sich nicht aus. Mit dieser Erklärung haben die Kieler CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden Barschel und sein Berliner Kollege Lummer sowie der Kieler Ministerpräsident Stoltenberg auf den Moskauer Protest gegen die erste Sitzung der schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion in Berlin reagiert. Stoltenberg sprach sich dafür aus, die restriktive Auslegung des Viermächteabkommens durch die Sowjetunion und die Menschenrechtsverletzungen an der DDR-Grenze vor den Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen.

Stärkung der Freundschaft

Aus Anlaß des 200jährigen Bestehens der Vereinigten Staaten von Amerika sollten alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland zur Stärkung der deutsch-amerikanischen

Freundschaft beitragen, fordert die hessische CDU-Landtagsfraktion. So könne z. B. durch Bildungsinstitute und Publikationen sowie in Begegnungsclubs die Geschichte der deutsch-amerikanischen Freundschaft dargestellt werden.

Zuviel Gelder für die DDR

Das Ausmaß der finanziellen Leistungen für die DDR hat der CDU-Abgeordnete Wohlrabe kritisiert. Die Opposition sei bereit, eine Politik mitzutragen, die den Menschen im geteilten Deutschland diene, auch wenn das finanzielle Opfer erfordere. Es müßten jedoch eine strikte Zweckbindung und Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung gefordert werden. Gegen diese Grundsätze verstoße die Bundesregierung durch selbstgesetzten Terminzwang und mangelndes Durchsetzungsvermögen fortwährend. Wohlrabe hat errechnet, daß der DDR von 1970 bis 1975 rund 4,3 Milliarden DM zugeflossen sind, und zwar aus Mitteln des Bundes, des Landes Berlin, der Bundespost und der Bundesbahn einschließlich der Zinsersparnis aus der Swing-Vereinbarung, die ein politisch motiviertes zinsloses Darlehen zur Unterstützung der DDR sei.

Bundesfachausschuß Innenpolitik

Am 20. Mai wurde in Bonn durch die stellvertretende Bundesgeschäftsführerin, Frau Dr. Wilms, der Bundesfachausschuß Innenpolitik neu konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde der rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz und zu seinem Stellvertreter der Vorsitzende des Arbeitskreises I der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, einstimmig gewählt. Nach der

(Fortsetzung von Seite 1)

„Freiheit statt Gleichheit“. Ihre Koalitionspolitik und ihre Angriffe auf die freiheitliche Politik der Unionsparteien widerlegen jedoch die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen. Sie haben allein den Zweck, die klaren Fronten der Entscheidung zu verwischen und den Wähler über die politischen Folgen der Koalitionszusage zu täuschen.

Neukonstituierung befaßte sich der Bundesfachausschuß mit den wichtigen Fragen der Reform des öffentlichen Dienstrechts und der Begrenzung der öffentlichen Personalkosten.

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Erweiterung ihrer Organisation und die Festigung ihrer inneren Struktur habe das Jahr 1975 der Konrad-Adenauer-Stiftung gebracht, schreibt ihr Vorsitzender, Bundesminister a. D. Dr. Bruno Heck, MdB, in dem soeben erschienenen Jahresbericht 1975. Die politische Bildungsarbeit der Stiftung sei durch die Gründung eines sechsten Instituts, des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, wesentlich erweitert worden. Der im letzten Jahr begonnene Neubau der Stiftung in St. Augustin geht inzwischen seiner Vollendung entgegen und soll noch in diesem Jahr bezogen werden, so daß dann alle Institute der Konrad-Adenauer-Stiftung — außer der Politischen Akademie Eichholz — unter einem Dach vereinigt sein werden.

„Völlig unbegreiflich“

Für eine bundeseinheitliche Regelung der Maßnahmen gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst setzte sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Heinz Galinski, in einem Beitrag für die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung ein. Es sei völlig unbegreiflich, so schreibt er in diesem Zusammenhang, daß die Zugehörigkeit zu links- oder rechtsextremistischen Gruppen und Parteien kein ausreichender Grund dafür sein solle, die Einstellung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst abzulehnen; gerade der Verzicht darauf müsse zu einer unververtretbaren „Gesinnungsschnüffelei“ führen.

Helmut Kohl: 17. Juni bleibt nationaler Gedenktag

Die CDU hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach, zuletzt durch einen Beschluß auf dem Mannheimer Parteitag, für die Beibehaltung des 17. Juni als nationalem Gedenktag eingesetzt.

Die Union hat damit auch eindeutig Stellung genommen gegen Pläne der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, die diesen Tag der Deutschen Einheit in seiner bisherigen Form abschaffen wollten.

Der politische Wille der Union verpflichtet jedoch auch zu tatkräftigem Handeln. Die Besinnung auf Geschichte, nationale Werte und Einheitswillen unseres Volkes ist auch bei der jungen Generation in jüngster Zeit mehr und mehr gewachsen. Darauf gilt es, in würdiger Form zu antworten. Kein Tag ist in unserer neueren Geschichte dafür mehr geeignet als der 17. Juni. Unsere Landsleute haben am 17. Juni 1953 der Welt ein eindrucksvolles Zeugnis ihres Freiheitswillens gegeben. Das müssen wir deutlich herausstellen und mit unserem Willen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auf friedlichem Wege verbinden.

Deshalb rufe ich Sie alle auf, in ihren Landes- und Kreisverbänden dieses Tages der Deutschen Einheit zu gedenken. In allen Kreisverbänden sollten entsprechende Gedenkstunden am 17. Juni oder am Vorabend dieses Tages durchgeführt werden. Dabei werden Sie sicher die volle Unterstützung der Jungen Union, der Schüler-Union und der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in Ihren Kreisverbänden finden.

■ RADIKALE

Die SPD/FDP verläßt Gemeinsamkeit der Demokraten

Die SPD/FDP-Koalitionen in Bund und Ländern halten sich nicht mehr an den einheitlichen Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder und des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, wenn es für die Zukunft um die Abwehr von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst, wenn es um den Schutz des freiheitlichen Rechtsstaates vor seinen erklärten Feinden geht. Die Union bleibt jedoch dabei, daß das freiheitliche Gemeinwesen Bundesrepublik und insbesondere der öffentliche Dienst des konsequenten Schutzes vor seinen Feinden bedarf.

Die für das öffentliche Dienstrecht zuständigen Minister der CDU/CSU-regierten Länder haben gemeinsam mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Einladung des innen- und rechtspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, am Rande des CDU-Parteitages in Hannover den jüngsten Beschluß des Bundeskabinetts über die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst erörtert.

Dabei wurde die Übereinstimmung über folgende Punkte bekräftigt:

① Die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens bei der Prüfung von Bewerbern ist kein Streitgegenstand zwischen den demokratischen Parteien. Die SPD/FDP-Regierungen in Bund und Ländern sind

aber weiterhin nicht bereit, dem Vordringen von Kommunisten im Staatsdienst mit mehr als Worten entgegenzutreten.

Sie weigern sich, einer allein der Wirklichkeit entsprechenden Feststellung zuzustimmen.

② Die CDU/CSU-regierten Länder halten in Übereinstimmung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am geltenden Recht und seiner vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Auslegung durch den gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern am 28. Januar 1972 fest.

③ Die SPD/FDP-Regierungen in Bund und Ländern haben diese gemeinsame Linie verlassen und bleiben hinter dem gemeinsamen Beschluß aller Regierungschefs zurück. Die von diesen Regierungen beschlossenen neuen Richtlinien enthalten kein Mehr an Rechtsstaatlichkeit. Sie reichen nicht aus, um Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten.

④ Durch das Scheitern der Gesetzentwürfe zur Regelung dienstrechtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Fernhaltung von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst ist deren Ziel, eine einheitliche Verwaltungsausübung in Bund und Ländern herbeizuführen, nicht erreicht worden. Das haben SPD und FDP zu vertreten, denen die Rücksichtnahme auf ihre Parteilinken wichtiger war, als die Gemeinsamkeit der vordemokratischen Parteien getragenen Regierungen.

⑤ Die CDU/CSU-regierten Länder halten in Übereinstimmung mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion daran fest, daß grundsätzlich alle Bewerber für den öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue überprüft werden müssen.

■ FDP-PARTEITAG

Jetzt hat der Wähler Klarheit: Die FDP bleibt Blockpartei

Die FDP hat auf ihrem Freiburger Wahlparteitag die Leistung und Geschlossenheit der CDU in Hannover nicht erreicht. Die CDU hat die großen Fragen unserer Zeit, von denen Deutschland und Europa heute stehen, klar formuliert und entschlossen beantwortet. Für jeden sichtbar hat die Union ihr Profil als freiheitliche Alternative in Deutschland unverwechselbar gezeigt.

Die FDP hat sich in Freiburg erneut für eine Fortsetzung dieser gescheiterten Koalition entschieden. Eine überzeugende Begründung für diesen Schritt hat sie nicht gegeben — konnte sie nicht geben. Die FDP verzerrt die politische Lage, baut sich die Union zu einem Popanz auf, um ihre Koalitionsaussage wenigstens vor sich selbst entschuldigen zu können.

Genscher scheut nicht einmal vor einer blanken Verleumdung zurück, die schon wieder lächerlich und grotesk wirkt: Die CDU würde mit den Sozialisten in ihren eigenen Reihen nicht fertig. Dies ist in der Tat „eine agitatorische Sonderleistung“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 1976).

Die Bürger freilich wissen es besser: Die Union ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft; als solche ist sie die einzige Alternative zum SPD-Sozialismus, der nicht mit der SPD, sondern nur gegen die SPD zu verhindern ist.

Die SPD kann sich freuen: Sie hat nun endgültig die Rückendeckung der FDP zur Fortsetzung ihrer sozialistischen Politik. Zur SPD und ihrer Politik fällt der FDP nichts ein. Statt dessen nimmt sie die SPD gegen den Sozialismus-Vorwurf in Schutz: kein Wort über die SPD-Filzokratie, über den programmatischen Linksruck im Orientierungsrahmen '85, über die Doppelstrategie der Jungsozialisten, über sozialistische Rahmenrichtlinien.

Aus der kritischen Sozialismus-Debatte hat sich die FDP schon seit Jahren ausgeschaltet. Den geistigen Auftrag einer liberalen Partei vermag sie nicht trennscharf und konsequent zu begründen. Wo die Bürger ein klares Wort der Abgrenzung erwarten, schweigt die FDP.

Genschers Angriffe auf die Union können nicht verbergen, daß die FDP für die Fortsetzung dieser Koalition keine stichhaltigen Gründe ins Feld führen kann. Ihre Wahlplattform ist ein Dokument der Verlegenheit, deshalb platt und ohne Form. Die FDP will mehr Freiheit und weniger Staat — man wüßte gerne, wie und warum sie dieses Ziel ausgerechnet mit der SPD verwirklichen will. Die FDP gibt die schwerwiegenden Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu — und will sie ausgerechnet mit der SPD korrigieren, mit der sie gemeinsam diese Fehlentwicklungen erst ausgelöst hat.

Die FDP-Wahlplattform verdeutlicht vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, was die FDP mit der Union programmatisch verbindet und von der SPD trennt. Deutlich werden aber auch die Unterschiede zur Union. In der „Staatspolitik“ konstruiert die FDP erneut die falsche Alternative: Freiheit oder Sicherheit? Die Union hingegen weiß und handelt danach: Der Staat muß die innere Sicherheit gerade um der Freiheit seiner Bürger willen garantieren!

Die FDP redet von Freiheit, aber sie betreibt seit Jahren eine Politik, die die Freiheit der Menschen und die Vielfalt der Gesellschaft durch eine Politik der Gleichmacherei zu ersticken droht. Dieses Eingeständnis kann sie sich selbst in ihrer Wahlplattform nicht verkneifen. Sie fordert bis Ende 1977 einen Bericht der Bundesregierung, „der die Nivellierungserscheinungen in den mittleren Einkommensgruppen“ untersuchen soll. Eine verantwortungsvolle Politik macht sich vorher Gedanken über ihre Auswirkungen! Diese Auswirkungen der gescheiterten SPD/FDP-Politik spüren alle, die die FDP jetzt durch einen Anflug von Selbstkritik umwerben will.

Den Protest vieler Eltern gegen die Indoktrination ihrer Kinder mit sozialistischen Bildungsinhalten nimmt die FDP-Wahlplattform nicht zur Kenntnis. Die Bildungsmisere verharmlost sie als eine reine Organisationsfrage.

Die FDP rechtfertigt mit ihrer Vertragspolitik auch deren einseitige Zugeständnisse und die Illusionen der Entspannungseuphorie. Die Union dagegen hat bei den Polenverträgen gezeigt, wie die Interessen der Deutschen gewahrt und zugleich Verständigung gefördert werden kann.

Die FDP hat seit 1969 die SPD-Politik

nicht verhindert, sondern ermöglicht. Sie trägt die Mitschuld an einer Politik, die Inflation und Arbeitslosigkeit, zerrüttete Staatsfinanzen und eine verunsicherte Wirtschaft gebracht haben. Sie ist mit schuld daran, daß die finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherheit erschüttert wurden, daß jede künftige Politik unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen muß. Sie hat jene „lautlose Verstaatlichung“ (Helmuth Kohl) mitgemacht, die dem Staat immer mehr gegeben und den Menschen immer mehr genommen hat. Mit ihren Wahlparolen kritisiert sie sich selbst und verurteilt ihre Politik der vergangenen sieben Jahre.

FDP eine unfreie Partei

Die FDP bringt nicht die Kraft auf, die fällige Neuorientierung der deutschen Politik einzuleiten. Sie bleibt an die SPD gekettet, weil sie an ihrer Basis und in den Landesverbänden linkslastig wurde. Die FDP ist heute eine unfreie Partei. Sie ist nicht mehr bewegungsfähig. Sie hat darauf verzichtet, ihre politische Eigenständigkeit unter Beweis zu stellen. Sie ist entschlossen, den politischen Wechsel, den die Mehrheit der Bürger will, zu verhindern. Damit gefährdet sie die Regierungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und die Leistungsfähigkeit des Drei-Parteien-Systems.

Einen Vorteil freilich hat dieser FDP-Wahlparteitag gebracht: Der Bürger weiß jetzt endgültig, woran er ist, welche Wahl ihm am 3. Oktober bleibt. Er kann mit seiner Stimme die gescheiterte Politik der SPD/FDP wählen — oder aber er kann mit seiner Stimme einen neuen Anfang setzen. Die freiheitliche und soziale Alternative der Union. Eine dritte Wahl gibt es nicht.

BUNDESTAG

Novelle zum Bundesbaugesetz: Politischer Erfolg der Union

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die von CDU und CSU regierten Länder haben am 20. Mai 1976 der Novelle zum Bundesbaugesetz zugestimmt, nachdem in einem Vermittlungsverfahren weitere entscheidende Verbesserungen des Gesetzentwurfs durch die Union erreicht werden konnten.

① Es ist gelungen, den gesamten abgabenrechtlichen Teil der Novelle mit dem sogenannten Planungswertausgleich und damit den ersten Schritt zur Kommunalisierung des Grund und Bodens, dem später nach den Vorstellungen der SPD eine allgemeine Bodenwertzuwachssteuer und zum Schluß die Ersetzung des Privateigentums am Boden durch kommunales Verfügungseigentum folgen sollte, zu Fall zu bringen. Im übrigen war maßgebend für die Ablehnung des Planungswertausgleichs:

■ Er ist ein unpraktikables Instrument, da die Problematik der Bodenwertermittlung völlig ungelöst geblieben ist.

■ Für die Gemeinden hätte der Planungswertausgleich weitere Ausgabensteigerungen bedeutet, da der Verwaltungsaufwand in der Regel über den Einnahmen aus dem Planungswertausgleich liegen dürfte.

■ Der Planungswertausgleich hätte ferner über einen Anstieg der Grundstückspreise in der Regel je-

denfalls zu einer Verteuerung des Bauens und damit zu einem Anstieg der Mieten und Belastungen geführt.

② Das Planungsrecht konnte verbessert und die gemeindliche Planung insgesamt durchsichtiger gestaltet werden.

■ Bereits im vorbereitenden Stadium hat die Gemeinde die Bürger an der Planung zu beteiligen.

■ Für den Fall, daß durch die Durchführung eines Bebauungsplans soziale Härtefälle entstehen, hat die Gemeinde einen Sozialplan zu erstellen.

■ Den spezifischen Belangen der Landwirtschaft wurde durch eine wesentliche Verbesserung der Möglichkeit des Bauens im Außenbereich Rechnung getragen; auch für den unverplanten Innenbereich wurden die Baumöglichkeiten verbessert.

■ So darf die Gemeinde nur von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, wenn dies aus Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist, und muß grundsätzlich die mit der Ausübung des Vorkaufsrechts bezweckte Verwendung des Grundstücks angeben.

■ Die Ausübung des Vorkaufsrechts ist ferner auf unbebaute Grundstücke beschränkt. Aber selbst in diesen Fällen kann der Käufer das Vor-

kaufsrecht abwenden, wenn er bereit und in der Lage ist, das Grundstück entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplans zu nutzen.

③ Es ist der Union gelungen, die Einführung des sogenannten preislimitierten Vorkaufsrechts zu verhindern, ohne daß sie einer Regelung zugestimmt hat, die die Gemeinde verpflichten würde, Liebhaber- oder Spekulationspreise bezahlen zu müssen. Die Gemeinde zahlt bei Ausübung des Vorkaufsrechts den Verkehrswert, den das Grundstück zum Zeitpunkt des Verkaufs hat. Ist der mit dem Käufer vereinbarte Kaufpreis höher als der Verkehrswert, steht dem Verkäufer das Rücktrittsrecht offen, wobei ihm sogar die Notariatskosten von der Gemeinde ersetzt werden müssen, falls er es ausübt.

④ Einer Sozialisierung des Grund und Bodens, wie sie von der SPD immer wieder gefordert wird, hat die Union einen wirksamen Riegel vorgeschoben, indem sie durchgesetzt hat, daß die Gemeinden verpflichtet werden, alle Grundstücke, die sie durch das Vorkaufsrecht erworben haben, nach Erreichen der Baureife wieder in Privateigentum zu überführen, soweit sie nicht für öffentliche Zwecke benötigt werden.

Insgesamt gesehen bedeutet die Novelle zum Bundesbaugesetz in ihrer jetzigen Form einerseits eine Verbesserung des Planungsrechts der Gemeinden und der Durchführung der Planung und versetzt sie damit in die Lage, städtebauliche Fehlentwicklungen in der Zukunft weitgehend zu verhindern; auf der anderen Seite ist die Rechtstellung des Bürgers gegenüber dem Planungsträger so gestärkt worden, daß Planungswillkür und damit verbundenes Unrecht ausgeschlossen wird.

Die Reform der Körperschaftsteuer wird endlich Gesetz

Der Finanzausschuß hat mit den Stimmen der Union gegen eine SPD-Stimme die Körperschaftsteuerreform beschlossen. Die CDU/CSU begrüßt es, daß dieser Teil der Steuerreform, welcher den Namen „Reform“ verdient und seit langem von der Union angestrebt wurde, endlich Gesetz wird.

Die Körperschaftsteuerreform bringt infolge Abschaffung der Doppelbesteuerung der Gesellschaftsanteile vor allem folgende Vorteile:

- Die Beseitigung der von der Rechtsform des Unternehmens abhängigen unterschiedlichen Belastung der betrieblichen Gewinne,
- die Beseitigung der Benachteiligung der Eigenfinanzierung gegenüber der Fremdfinanzierung und
- eine bessere Attraktivität der Beteiligungswerte für eine breitere Vermögensbildung.

Nach Ansicht der Union ist die Eröffnung neuer Anreize für ein möglichst breitgestreutes Eigentum an den Unternehmen besonders begrüßenswert.

Bedauerlich ist, daß SPD und FDP in einem Punkt aus ideologischen Gründen den Regierungsentwurf verlassen haben: Die Aufsichtsratsvergütungen sollen nur zur Hälfte als Betriebsunkosten anerkannt werden. Dies ist steuersystematisch falsch, und steht damit im Widerspruch zur Grundidee der Körperschaftsteuerreform, die Aktie möglichst attraktiv zu machen.

■ KOALITION

SED spricht deutlicher als Willy Brandt

Offen äußert sich die SED über den rein taktischen Charakter der von Willy Brandt als „interessant“ bezeichneten, scheinbar demokratischen Entwicklung einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien. In einer in Ost-Berlin veröffentlichten Analyse kommt der Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold, zu dem Schluß, daß eine Machtergreifung der Kommunisten in Westeuropa „real möglich geworden“ sei. Sie hänge vor allem von zwei Faktoren ab: „... dem Einfluß der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Länder und der Stärke, dem Einfluß und der richtigen Politik der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder“.

Sozialisten-Strategie gegen die Bundesrepublik

Unbehagen gegenüber der Bundesrepublik und ihren Bürgern soll nach dem Willen des französischen Sozialistenführers und Volksfront-Befürworters François Mitterand in Europa, vor allem aber in Frankreich erzeugt werden. Durch die von Mitterand angekündigte Gründung eines „Komitees zur Verteidigung der Bürgerrechte in der Bundesrepublik“ soll der Eindruck erweckt werden, Deutschland habe den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen. Hintergrund dieser Kampagne sind das Vorgehen der deutschen Justiz gegen demokratiefeindliche Terroristen, wie die Baader-Meinhof-Bande, und die Ab-

wehr erklärter Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst. Zur Gründung dieses Komitees durch führende Vertreter der französischen Linken stellt der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fest:

Die französischen Sozialisten, die bisher die stärkste europäische Stütze der deutschen Sozialdemokraten darstellen, haben am Gängelband der mit ihnen verbündeten Kommunisten eine Aktion gestartet, um den Verfassungsfeinden in der Bundesrepublik zu Hilfe zu kommen. Unter dem Vorwand, die nicht bedrohten Grundrechte schützen zu wollen, soll das Terrorsystem in der DDR entlastet und das freiheitliche System der Bundesrepublik diskriminiert werden, damit es für eine auch von Teilen der SPD gewünschten Volksfront reif gemacht wird. Die Union erwartet von der SPD nicht nur eine klare Distanzierung gegenüber ihrem sozialistischen Verbündeten in Frankreich, sondern auch eine Aufklärung darüber, wie weit Mitglieder der SPD die abenteuerlichen Eskapaden der französischen Sozialisten mit herbeigeführt haben.

Gscheidles krumme Tour

Im Bereich der Post versucht Gscheidle ein Modell zu präsentieren, das den Versuch darstellt, Gewerkschaftsmigliedern Sonderrechte zu gewähren, wie z. B. höhere Gehälter, Einfluß bei der Anstellung von Arbeitnehmern. Die vom Bundespostminister und der zuständigen Gewerkschaft getroffene Vereinbarung wurde in einem auf Veranlassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einberufenen Hearing des Innenausschusses von allen vier zur rechtlichen Begutachtung geladenen Rechtswissenschaftlern als rechtswidrig und nichtig beurteilt, insoweit es Beamte

betrifft. Friedrich Vogel, der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Unions-Fraktion, erklärte, den Bundesinnenminister Maihofer treffe als Verfassungsminister der besonders peinliche Vorwurf, diesen Rechtsverstoß nicht verhindert, nach seiner Aufdeckung keine wirksamen Korrekturen durchgesetzt und ihn auf eine parlamentarische Anfrage hin noch mitverteidigt zu haben.

Die FDP ist ins Abseits geraten

Begleitet von mehreren Protestkundgebungen hat das Marburger Stadtparlament einen aus jeweils zwei SPD- und CDU-Mitgliedern bestehenden Magistrat gewählt. Ein Sprecher der „ausgebooteten“ FDP-Stadtverordnetenfraktion kündigte gestern an, seine Partei werde gegen die Wahl Widerspruch einlegen. Angesichts der Stimmgleichheit im Marburger Stadtparlament — 24 Sitze für SPD und drei Sitze für FDP gegenüber 27 CDU-Sitzen — hatte die SPD damit rechnen müssen, sich bei der Wahl eines Bürgermeisters und hauptamtlichen Stadtrates ohne eine Unterstützung der Kommunisten im Parlament nicht gegenüber der CDU durchsetzen zu können. Verlierer der Wahlabsprache ist die FDP, die ein Bündnis SPD/DKP vorgezogen hätte.

„Vernichtenden Haß in den Augen“

Der Groner Ortsbürgermeister und Ratsabgeordnete Ludwig Mühlhausen hat seinen Austritt aus der SPD erklärt. Er ist nach Walter Leßner und Ewald Jeep das dritte langjährige SPD-Mitglied, das sich in den vergangenen Wochen von der Partei getrennt hat. In

einer Erklärung meint Mühlhausen: „Fünf Monate vor der Bundestagswahl haben sich die großen Konflikte um die Zukunft der SPD zur kaum noch verhüllten Parteikrise verdichtet.“ Wenn forsche Jungakademiker aufträten und den „weniger gebildeten Genossen“ Naivität, Biederkeit und Gefühlssozialismus vorwürfen, dann hätten derartige Streitigkeiten kaum Aussicht auf eine erfolgreiche Werbung für die nächste Kommunalwahl. Dinge wie Generationswechsel und Richtungswechsel innerhalb der SPD seien keineswegs ein Grund, daß man sich heute mit blankem Haß begegne, und „daß man jungen Genossen gegenübersteht, die wirklich vernichtenden Haß in den Augen haben.“

SPD-Vorstand trat zurück Partei wurde zu links

Die zehn Vorstandsmitglieder der SPD in Brühl bei Bonn (45 000 Einwohner) sind zurückgetreten. Der Vorsitzende Helmut Weger (43): „Wir wollen nicht für radikale Systemveränderung, sondern für sachliche Politik eintreten. Das ist in Brühl wegen der Jusos nicht möglich.“

Zu guter Letzt

„Helmut Schmidt“ — wie die SPD-eigene Hamburger Morgenpost am 23. April 1976 hanseatisch knapp meldet — „mag Bonn nicht“. Der „Hamburger Bundeskanzler“ über Bonn: „Man wird aus Bonn niemals mehr eine symbolträchtige, signifikante Hauptstadt machen können.“ Wenn der Wähler es am 3. Oktober gut meint mit Schmidt, wird er ihm die Möglichkeit eröffnen, dem ungeliebten Bonn den Rücken zu kehren.

■ FAMILIE, GESUNDHEIT, SPORT

Die Alternative der Union

Das Wahlprogramm der Union ist die freiheitliche Alternative zur Politik der SPD/FDP. Es zeigt die Richtung einer Politik auf, die den Bürger nicht immer mehr verplanen, sondern Voraussetzungen schaffen will, damit jeder mehr aus seinem Leben machen kann.

Das Wahlprogramm der Union ist nicht eine Ansammlung von Wahlgeschenken und leeren Versprechungen. Die von der SPD/FDP verursachte Finanzkrise des Bundes hat den finanziellen Spielraum verbaut, der für jede Verbesserung staatlicher Leistungen Vorbedingung ist.

Die Union wird nach dem 3. Oktober erst einmal Kassensturz machen. Erst dann ist es uns möglich, den Mitbürgern zu sagen, was machbar und was vorerst unmöglich ist.

Der Bürger soll jedoch auch wissen, welche Maßnahmen die Union im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten verwirklichen will. Deshalb wird die CDU bis zum 3. Oktober zu allen wichtigen Politikbereichen Langzeitprogramme veröffentlichen.

In den letzten Wochen wurden vorgelegt:

- Leitsätze zur Familienpolitik;
- Leitsätze zur Gesundheitspolitik;
- Leistungssportplan.

Leitsätze zur Familienpolitik

Mit ihren familienpolitischen Leitsätzen will die CDU vorrangig folgende drängende Probleme angehen:

- die wachsenden Schwierigkeiten der Familien mit mehreren Kindern, der Familien mit nur einem Elternteil und der Familien mit älteren oder behinderten Angehörigen,
- die bedrückende wirtschaftliche Situation, insbesondere der Familien mit mehreren Kindern,
- die erheblichen Wohnungsprobleme der größeren Familien,
- die wenig familienfreundlichen Bedingungen in der Arbeitswelt.

Die CDU sieht eine ihrer wichtigsten politischen Aufgaben darin, den verfassungsrechtlich garantierten Schutz von Ehe und Familie neu mit Leben zu erfüllen.

Die Leitsätze unterstreichen, daß es Aufgabe des Staates ist, die Familie zu schützen und zu stärken und soweit möglich, auftretende Mängel und Mißstände zu beseitigen. Es ist dagegen nicht die Aufgabe staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen, die Familie mehr und mehr zu ersetzen und sie dadurch auszuhöhlen.

Aktive Familienpolitik dient allen: der Freiheit und dem Schutz des einzelnen, der Erhaltung der Familie als Lebensgemeinschaft und der Ausgestaltung einer freiheitlich-sozialen Gesellschaftsordnung.

Leitsätze zur Gesundheitspolitik

Die CDU tritt ein für ein auf freiwilligen und sozialen Grundvorstellungen aufgebautes Gesundheitswesen. Es ist humaner, wirksamer und kostengünstiger als ein bürokratisiertes und verstaatlichtes Gesundheitswesen. Das Gesundheitswesen soll auch in Zukunft an Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Beteiligten ausgerichtet sein. Dazu ist freie Wahl und verantwortungsbewußte Nutzung der Einrichtungen und Leistungen unseres Gesundheitswesens sowie freie Arztwahl eine wesentliche Voraussetzung, ebenso die Pluralität in der Trägerschaft von Krankenhäusern, das gegliederte Krankenversicherungssystem, private Krankenversicherung und privatwirtschaftliche Arzneimittelversorgung.

Vorrangige humane Aufgabe der Gesundheitspolitik muß es sein, das Gesundheitsbewußtsein zu stärken und eine gesunde Lebensführung zu ermöglichen.

Zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung fordert die CDU eine stärkere Kooperation der niedergelassenen Ärzte untereinander und mit den im Krankenhaus tätigen Ärzten. Hierzu bieten sich an: Gemeinschaftspraxen, Praxisgemeinschaften, Ärztehäuser, Apparatgemeinschaften, Praxiskliniken und Beleggruppenpraxen. Eine zentrale Funktion hat im Rahmen der ambulanten ärztlichen Versorgung der Arzt für Allgemeinmedizin als Haus- und Familienarzt.

Leistungssportplan der CDU

Der Leistungssportplan hat im wesentlichen folgende Zielsetzungen:

- Schaffung optimaler Voraussetzungen für den Leistungssport,

- Chancengerechtigkeit für Spitzensportler.

Die CDU ist der Meinung, daß mit den vorhandenen Sportförderungsmitteln für den Leistungssport noch bessere Trainings- und Wettkampfvoraussetzungen geschaffen werden können. Das gilt sowohl für den Ausbau des Stützpunktsystems, für die Förderung des Leistungssports in den Vereinen als auch für die Trainerausbildung und den Trainereinsatz.

Chancengerechtigkeit für Spitzensportler bedeutet für die CDU, daß die jungen Sportler, die ein ungeheures Maß an Trainingsstunden aufwenden müssen, um mit dem internationalen Leistungsstandard Schritt halten zu können, nicht gegenüber anderen jungen Menschen benachteiligt sein dürfen. Die CDU fordert deshalb u. a.:

- Erleichterung des Hochschulzuges für diejenigen Spitzensportler, die den Notendurchschnitt nur knapp verfehlen (Aufnahme in die Härteklause);

- Zulassung für Spitzensportler zum Sportstudium unabhängig vom Numerus clausus;

- Ausbildungsbeihilfen und Arbeitsplatzsicherung.

Viele der von der CDU aufgestellten Forderungen könnte die „Deutsche Sporthilfe“ erfüllen, wenn sie über die notwendigen Mittel verfügte. Die CDU wird sich deshalb auch in Zukunft für diese Bürgerinitiative einsetzen, z. B. mit dem Antrag zur Herausgabe einer jährlichen Sportbriefmarke oder zur Beteiligung der Sporthilfe an den Jugendwohlfahrtsmarken.

■ PRESSE-ECHO 24. BUNDESPARTEITAG

In der Offensive

Kohls große Rede zur Eröffnung des Parteitages hatte deutlich gemacht, daß der Wahlkampf diesmal tiefer denn je ins Grundsätzliche gehen, den Meinungsstreit über die künftige Gesellschaftsordnung und das Staatsverhältnis in der Bundesrepublik entfachen wird.

Rheinische Post, 25. Mai 1976

Kohl präsentiert sich in Hannover als der Mann, der gestärkt vom Vertrauen der 821 Delegierten und durch die Solidaritätsbekundungen vor allem von Franz Josef Strauß, Helmut Schmidts Ministerriege auf die harten Oppositionsbänke verbannen könnte. Der CDU-Vorsitzende hat einen kraftvollen Wahlkampf angekündigt. Der Auftakt in Hannover läßt darauf schließen, daß er diese Ankündigung in die Tat umsetzen wird.

Westfalen-Blatt, 25. Mai 1976

Seit Adenauers Zeiten dürfte die Union wohl noch niemals so offensiv gewesen sein wie jetzt mit ihrer Parole „Freiheit statt Sozialismus“.

Ruhr-Nachrichten, 25. Mai 1976

Am Anfang Helmut Kohl, am Ende Franz Josef Strauß — das war nicht nur dramaturgisch der weitgesteckte Rahmen des ersten Tages des CDU-Wahlkongresses in Hannover. Die Unionsparteien, das erwies sich in den Reden beider, besitzen in ihnen ein Gespann,

das — gemessen am Temperament und am politischen Sachverstand — der Bonner Koalition sehr gefährlich werden kann. Kohl spielt den kühlen, integrierenden, Strauß den hart-kämpferischen Part.

Die Welt, 25. Mai 1976

Seit gestern kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Helmut Kohl es ist, der die Richtung festlegt und das Tempo bestimmt. Er hat seine Partei nun fest in der Hand und muß, jedenfalls bis zum Tag der Wahl, um seine Autorität nicht mehr fürchten.

Kölnische Rundschau, 25. Mai 1976

Auf dem Weg in den Bundestagswahlkampf hatte sich die Opposition viele Fußangeln selber gelegt. Strauß, Biedenkopf und der linke CDU-Flügel waren daran vor allem beteiligt. Das ist vorbei. Mit einer Geduld, die manchem in seiner Partei schon auf die Nerven ging, hat Helmut Kohl die Union aus ihren inneren Reibereien gezogen wie einen Karren aus dem aufgeweichten Hohlweg. Nun steht die Opposition auf gleicher Höhe wie die Koalition.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Mai 1976

Daß eine Partei die Aufmerksamkeit ihrer Delegierten und das Augenmerk der sie begleitenden Öffentlichkeit einen ganzen Tag lang auf europäische Probleme lenkt, ist sicherlich ungewöhn-

lich, zumal wenn solches in einem Wahljahr geschieht. Die CDU hat es auf ihrem Parteitag in Hannover dennoch gewagt und dafür nicht nur von engagierten Europäern Beifall erhalten.

Mannheimer Morgen, 26. Mai 1976

Am bemerkenswertesten aber ist an diesem Europatag die Erkenntnis, daß die Union mit ihrem Wahlslogan „Freiheit statt Sozialismus“ offenkundig eine Stimmung getroffen hat, die genau der Argumentation der christdemokratischen und konservativen Politiker im Ausland entspricht.

Stuttgarter Zeitung, 26. Mai 1976

Die Anwesenheit zahlreicher konservativer Gäste aus europäischen Staaten unterstrich, was CSU-Chef Strauß in der ihm eigenen Unverblümtheit aussprach: Am 3. Oktober sollen die deutschen Wähler nach dem Willen der Opposition ein Signal setzen, das über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus verstanden wird. Man fürchte nicht die Revolution, rief der Bayer aus, aber das schleichende Gift der langsam wirkenden Veränderung.

Tagesanzeiger, 25. Mai 1976

Die Motivierung, und das ist das Entscheidende eines Wahlparteitages, sie gelang in diesen drei Tagen von Hannover. Helmut Kohl, der erste Mann für die Entscheidung vom 3. Oktober, lieferte das personale Profil für diesen Hannoveraner Parteitag. Auf ihn konzentrierten sich ab sofort alle Bemühungen, aber auch eben alle Hoffnungen, in gut vier Monaten das Rennen zu machen. Dem Kanzlerkandidaten kam es darauf an, die sachliche Alternative zur Bonner Koalition deutlich anzubieten. Innenwir-

kung war bei diesem Parteitag der CDU ganz besonders gefragt. Mit Blick darauf können sich die Regisseure des sogenannten Europatags eigentlich nur noch gegenseitig beglückwünschen.

Deutsches Fernsehen, 26. Mai 1976

Das faszinierende Erlebnis war die von allen Delegierten — ihrem Applaus nach zu urteilen — vorbehaltlos gutgeheißen transnationale Zusammenarbeit der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in Westeuropa. Die Parteiführer bewiesen, daß die deutschen Unionspolitiker nicht isoliert sind. Sie ließen in ihren Reden erkennen, daß sich eine Sammelbewegung aller christlich-demokratischen und konservativen Parteien durchzusetzen beginnt, die nicht nur die Parteistrukturen in Westeuropa wesentlich beeinflussen, sondern auch die Haltung der einzelnen Parteien in den Nationalstaaten verändern werden.

Norddeutscher Rundfunk, 25. Mai 1976

Unerwartet wird Europa so noch vielleicht zu einem Wahlschlager, vor allem vor dem Hintergrund kommunistischer Ansprüche oder Erfolge in anderen europäischen Ländern, wodurch die CDU/CSU-Parole „Freiheit statt/oder Sozialismus“ doch noch größere Dimensionen und Dramatik gewinnen könnte.

Hessischer Rundfunk, 25. Mai 1976

Der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Helmut Kohl würzte seine Auftaktrede mit kräftigen Prisen Kritik an der Europapolitik der Bundesregierung. Die Entscheidungsfähigkeit Europas, an der die Politik der Bundesregierung Mitverantwortung habe, schwäche die Gemeinschaft. Kohl sagte auch hier dem

Sozialismus, getreu der CDU-Wahlparole, den Kampf an. Es dürfe kein Europa der Volksfronten geben, meinte er, der Kampf um Freiheit und Frieden in Europa sei international.

Deutsche Welle, 25. Mai 1976

Wenn nichts in der Öffentlichkeit bliebe als dieses Bild personifizierter europäischer politischer Waffenbrüderschaft, der Parteitag hätte sich für die Union gelohnt; denn dieses Bild strafe die Behauptung der politischen Gegner von der völligen Isolierung, vom gefährlichen politischen Abseits, in das sie in Europa geraten sei, sichtbar Lügen. Aber nicht nur das. Der düstere europäische Hintergrund, die reale Volksfrontgefahr, ließen plötzlich einen Wahlslogan real erscheinen, den viele bislang wohl als übertrieben und nicht brandaktuell betrachteten, die Parole „Freiheit oder Sozialismus.“

Deutschlandfunk, 26. Mai 1976

Die deutsche CDU hat mit ihrem Manifest für die Einheit Europas einen Anstoß gegeben. Die Schwesternparteien in den anderen Ländern sollten dem nacheifern, und ihren kleinlichen Zwist darüber beenden, wer nun von den konkurrierenden politischen Gruppen die wahre Lehre des Konservatismus vertritt.

Saarländischer Rundfunk, 25. Mai 1976

Mit ihrem Europatag haben sich die Regisseure des CDU-Kongresses in Hannover etwas besonders Effektivvolles einfallen lassen. Die CDU/CSU, die seit fast sieben Jahren nicht mehr an der Regierung ist, demonstriert mit diesem internationalen Freundschaftstreffen, daß sie in ganz Europa Verbündete hat und keineswegs außenpolitisch isoliert

ist. Sie überwindet damit das Handikap der Oppositionspartei, für die es nicht die ständige Publizität gibt, die einer Regierungspartei geboten wird.

Südwestfunk II, 25. Mai 1976

Die CDU hat sich entschieden, den Wahlkampf nicht allein um Themen wie den wirtschaftlichen Aufschwung, die schwierige Situation der Staatsfinanzen oder die wachsende Geldentwertung zu führen. Die CDU will in ihrer Gesamtheit diese Argumentation aufgreifen und den politischen Gegner, und das heißt FDP und SPD, zu einer politischen Aussage um die Grundwerte des Demokratieverständnisses zu zwingen.

Westdeutscher Rundfunk, 24. Mai 1976

Auch Helmut Schmidt wird es schwer haben, das unterschwellige Gewicht der Alternative „Freiheit statt Sozialismus“ abzubauen. Ein kommunistischer Sieg am 20. Juni in Italien und ein Rückschlag der schwedischen Sozialdemokraten, die offenbar mit dem Ärger ihrer Wähler über den Bürokratenstaat nicht mehr fertig werden, könnten das deutsche Wählerverhalten noch zusätzlich motivieren.

Frankfurter Neue Presse, 28. Mai 1976

Der Sozialismus-Verriß wurde den Christdemokraten in Hannover durch eine Fülle zumindest kommunistenfreundlich zu interpretierender Äußerungen prominenter Sozialdemokraten leicht gemacht.

Mittelbayerische Zeitung, 27. Mai 1976

In Hannover wurde deutlich: die Politiker Kohl, Biedenkopf und Strauß spiegeln die ganze Bandbreite der Union wider. Ja, sie verkörpern eigentlich eine nahezu ideale Wahlkampftrioika.

Stuttgarter Nachrichten, 28. Mai 1976

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ANSCHRIFT

■ TERMINE

4. 6.	LV Berlin	Landesvorstand	
4. 6.	LV Berlin	Landesausschuß	
5./13. 6.	LV Hessen	Hessentag	Bensheim
10. 6.	LV Hessen	Kreisgeschäftsführertag	Lich
11. 6.	LV Rheinland	Landesvorstand	
12. 6.	CDU — Bund	Bundesvorstand	Königswinter
	Sozialausschüsse		
12./13. 6.	Exil-CDU	Deutschlandpolitische Regionaltagung	Emden
12./13. 6.	JU Baden-Württemberg	Landestag	
14. 6.	CDU — Bund	Präsidium	Bonn
16. 6.	CDU — Bund	Landesgeschäftsführer- konferenz	Bonn
17. 6.	JU Schleswig-Holstein	Kundgebung zum Tag der Einheit	Plön
21. 6.	CDU — Bund	Bundesvorstand	Bonn
25./26. 6.	CSU	Landesparteitag	München
25./26. 6.	Exil-CDU	Deutschlandpolitische Regionaltagung	Bad Mergentheim
26. 6.	CDU — Bund	Kongreß	Mülheim/Ruhr
	Frauenvereinigung	„Berufstätige Frau“	
28. 6.	LV Baden-Württemberg	Landesvorstand	Stuttgart

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heini Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkontok. Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U*i*D